

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort:  
Tageblatt Riesa,  
Herausg. Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsort:  
Riesa 1880,  
Verleger:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 49.

Mittwoch, 27. Februar 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellung. Für den Fall des Austritts von Abonnenten vor Ablauf der Zeit, die dem Abonnement beigefügt ist, wird das Recht der Bremsung und Nachforderung vor. Abzinsen bis 30 Tage vorher, 1 Mark je Monatsbeitrag, 6 Wochen 75 Pfennig; bis 15 Tage vorher 100 Pfennig; je nach dem Zeitpunkt der Kündigung und dem Zeitpunkt der Bremsung. Die Bremsung ist nur für den Fall der Kündigung vor Ablauf der Zeit der Bremsung zulässig. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hillemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Eigenartige Verständigungsmethoden.

Das politische Leben unserer Zeit trannt mehr noch als alle vorangegangenen Zeitalter an der Sucht, mit schönen Worten und Taten sehr wenig schone Absichten und Zustände zu verdecken. Auf Schritt und Tritt stoßen wir auf derartige Programme und Formulierungen, die in freistehendem Widerspruch zu den Tatsachen stehen. Die Vintresungspogandaband gegen Deutschland, bei der sich Deutschland Gegner aus sehr egoistischen Motiven zur Verteidigung dieses unbedeutenden Landes der Mitte zusammengesunden hatten, wurde selbstverständlich ebenso wie der aus der Vintresung sich ergebende Weltkrieg nur zur Verteidigung des deutschen Militarismus geführt. Das binbette die Sieger nicht, nach Kriegsende den Militarismus in gigantischen Formen auszubauen. Für die Neutralität Belgiens und die Freiheit der kleinen Völker kämpfte man angeblich, und vergeblichste durch die Handelskordade auf brutale Weise die neutralen Staaten und zwang Griechenland wider seinen Willen in den Krieg hinein. Den besiegten Völkern legte man keine Kriegskontributionen sondern „Reparationen“ auf. Die Kolonien annehmerte man nicht, sondern stellte sie unter Mandatsverwaltung. Man schuf einen Völkerbund, der in seiner gegenwärtigen Form durchaus nicht ein Instrument der Friedens- und Abrüstungspolitik, sondern ein Mittel zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Rechtszustandes in Europa sein soll. Locarnoabmachungen und Kelloggabakte hindern die Mächte nicht, geheime Kriegspakte untereinander zu schließen. Von französischer Seite hat man dem Staatssekretär Kellogg einen Füllfederhalter überreicht mit der Aufschrift: „Sie vis pacem, para pacem“. Dabei bereitet man dies- und jenseits des Atlantik Ozeans zu Lande und zu Wasser die Kriegsbereitschaft in vollendeter Form vor. Es ist kein Wunder, daß bei dieser grundblätlichen Unehrlichkeit der Worte und Begriffe eine Verständigung zwischen den Völkern so gut wie ausgeschlossen ist. Es wunderbete heute niemanden, daß ein Mann wie Seydoux, ehemaliger politischer Direktor des Quai d'Orsay, dem der Verständigung dienenden deutsch-französischen Studienkomitee als Mitarbeiter angehört und in einer nationalen Zeitung gegen Deutschland schreibt. Seydoux laßt die Aufgabe des Verständigungskomitees, die Hindernisse vor allem psychologischer Art aus dem Wege zu schaffen, welche die objektive Betrachtung vieler zwischen Deutschland und Frankreich schwebender Fragen hemmen, und eine beiderseitig tragbare Lösung dieser Probleme verhindern, folgendermaßen auf. Er teilt als Ergebnis seiner „historischen“ Studien mit, daß nicht nur die Korridorfrage ein für allemal geregelt sei, sondern daß Deutschland auf den Besitz Ostpreußens keinerlei Anspruch erheben könne. Ostpreußen sei eine preußische Ordenskolonie aber niemals preußisches Staatsgebiet gewesen. Schon auf der Friedenskonferenz wurde Clemenceau auf seine historischen Beweisführungen zugunsten der von Polen verlangten Gebiete von Lloyd George erwidert, daß diese Gebiete immerhin seit sechs Jahrhunderten zu Deutschland gehört hätten, während Elsas-Lothringen erst vor knapp zwei Jahrhunderten Frankreich einverleibt worden sei. Man erinnert sich daran, daß auf der letzten Tagung des deutsch-französischen Studienkomitees ein anderes französisches Mitglied der Gruppe verlangt hat, daß jeder Journalist strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden solle, der die guten Beziehungen zwischen den Völkern gefährdet. Herr Seydoux, der Verständigungspolitiker Frankreichs, wäre ein Musterfall für die Anwendung dieser Forderung.

## Schalt die Landwirtschaft zu viel Vermögenssteuer?

Der Abgeordnete Tausch hat mit Unterstützung der demokratischen Reichstagsfraktion eine Interpellation eingebracht, worin es heißt, daß die Landwirtschaft Vermögenssteuer zum großen Teil aus der Substanz zahle. Die Regierung wird gefragt, ob es ihr bekannt sei, daß die jetzt geltenden Einheitswerte für den ungebauten Grundbesitz meist über den Ertrags- und Verkaufswert liegen? Weiter wird die Regierung gefragt, ob sie bereit sei, darauf hinzuwirken, daß die Einheitswerte für den gesamten Grundbesitz herabgesetzt werden und damit auch die gerechte Grundlage für die Landes- und Kommunalbesteuerung geschaffen werde? Dabei sei zu beachten, daß der landwirtschaftliche Grundbesitz zum großen Teil Kleinrenterträge zurzeit nicht einbringe und daher jede Vermögenssteuer aus der Substanz gezahlt werden müsse. Dadurch müßte die Landwirtschaft weitere Leiden aufnehmen. Jeder werde anerkennen müssen, daß vom Grundvermögen nur die Steuer als Vermögenssteuer zu zahlen sei, die der Summe entzweche, die bei einem Verkauf des Grundbesitzes herauskäme.

Vizepräsident des Reichstagesbundes  
Dr. Schreiber †.

X Dresden. Gestern nacht verstarb in Lugans, wo er Erholung suchte, der Erste Bürgermeister der Stadt Dresden, Dr. Schreiber. Er war Vizepräsident des Reichstagesbundes.

## Die Groener'sche Denkschrift vor dem Reichstag. Kommunistische Misstrauensanträge.

Abg. Berlin, den 26. Februar, 3 Uhr.  
Auf der Tagesordnung steht die kommunistische Interpellation über die

### Denkschrift des Ministers Groener wegen der Panzerkreuzer-Frage.

Diese wird begründet von dem Abg. Stöcker (Komm.): Die Denkschrift Groeners spricht im Gegensatz zu der offiziellen Friedensbeurteilung unserer Regierung die klare Sprache imperialistischer Politik; sie zeigt das Kriegsprogramm der Bourgeoisie. Darum habe auch die Sozialdemokratie alle Veranlassung, für die Geheimhaltung dieser Denkschrift zu stimmen. Die Denkschrift gibt an, daß der Panzerkreuzer gebaut werden soll, damit Deutschland sich an dem nächsten imperialistischen Krieg beteiligen kann. Groener erörtert die Kriegsmöglichkeiten mit Polen, natürlich nur um die Kriegsbereitschaft gegen Rußland zu verschleiern. (Lachen bei der Reichstags.) Aber die Arbeiterschaft wird den Krieg gegen Sowjet-Rußland verhindern, sie wird dann den Bürgerkrieg einleiten. (Händeklatschen bei den Kommunisten.) — Nunmehr hat das Wort der Angeklagte! (Große anhaltende Heiterkeit.)

### Reichstagsler Müller

Beantwortet die Interpellation: Trotz der letzten Worte des Abg. Stöcker will ich erst antworten. Die Denkschrift wurde lediglich zum Zwecke der Unterrichtung des Reichstages abgefaßt und sollte deshalb nicht veröffentlicht werden. Wie sie der englischen Reichstagsdenkschrift gegenüber, wird vom Oberreichsanwalt untersucht. (Zuruf bei den Komm.: Immer noch?) Die Behauptung der Interpellation findet in der Denkschrift keine Stütze. Es ist auch im Ausland weitgehend anerkannt worden, daß die Denkschrift bei Erörterung von Kriegsmöglichkeiten von vornherein jede militärische Verwicklung als für Deutschland verhängnisvoll darstellt. Die Denkschrift weiß nach, daß Deutschland imperialistische Absichten gar nicht haben kann. Zu den Fragen des Grenzschutzes und der Wahrung der Neutralität im Falle kriegerischer Verwicklungen anderer Staaten sich gutachtlich zu äußern, gehört zur Pflicht des Reichswehrministers. Nirgends läßt die Denkschrift die Möglichkeit eines Krieges gegen Sowjet-Rußland erkennen. Von irgendwelcher Aufstellungspolitik kann überhaupt nicht die Rede sein, denn beim Bau des Panzerschiffes A handelt es sich bekanntlich nur um einen Ersatzbau. Wenn der Wehrminister in einer solchen Denkschrift den Fall der Notwehr als Sachminister behandelt, so kann das wirklich nur als seine Pflicht bezeichnet werden.

Der Abg. Stöcker habe versucht, es so darzustellen, als ob die Denkschrift Rüstungspläne gegen Sowjet-Rußland enthalte. Es sei demgegenüber festzustellen, daß Rußland in der Denkschrift nur im Zusammenhang mit der Wahrung der deutschen Neutralität und ferner noch an einer anderen Stelle bei einem Zitat der englischen Presse genannt werde. Es werde dem Abg. Stöcker nicht gelingen, die guten Beziehungen zwischen der deutschen Regierung und der Sowjet-Union zu trüben. (Heiterkeit.) — Verhalte Jurist der Komm. (Es scheinen Ihre (zu den Komm.) Literatur schießt zu lesen. Kallin habe beim Empfang des deutschen Botschafters kürzlich ausdrücklich erklärt, die Sowjet-Union und die deutsche Republik seien viele Jahre hindurch durch enge Freundschaftsbände verknüpft. In Moskau werde man die Ausführungen des Abg. Stöcker insbesondere über die Umstellung der Feldbahnstrecke auf die russische Spurweite zweifellos nicht ernst nehmen.

Die Besprechung des Wehrhaushaltes werde noch Gelegenheit bieten, die darauf bezüglichen einzelnen Fragen des Abg. Stöcker zu beantworten. Er wolle an dieser Stelle nur wiederholen, daß von den 700 Millionen des Wehrhaushaltes allein 500 Millionen zwangsläufig seien. Späterliche Zahlenvergleiche beweisen nichts, gerade mit Polen könnten solche Vergleiche nicht angestellt werden. Im übrigen habe sich ja der Abg. Stöcker meist mit den Herren Löbe und Künzler beschäftigt, so daß er — der Kanzler — ja nicht auf sie einzugehen brauche. Das Wort „Panzerschiff“ sei ja in der ganzen Rede des Abg. Stöcker nicht ein einziges Mal vorgekommen.

### Abg. Stämpfer (Soz.)

fragt, ob Abg. Stöcker seine Ausführungen über die Umstellung von deutschen Eisenbahnen auf die russische Spurweite nicht vielleicht in dem Sinne gemeint habe, daß diese erfolge, damit die deutsche Reichswehr desto besser der roten Armee zur Hilfe kommen könnte. Wenn Herr Stöcker sich über das Hochwasser entrückt habe, so könne man in Bezug auf die kommunistische Partei nur von einer politischen Ebbe reden. (Heiterkeit, Zuruf der Komm.: Vergessen Sie nicht Ihr Grundgesetz.) Bezüglich des Panzerkreuzers halte die Sozialdemokratie an ihrem Standpunkt fest. Ob die anderen Schiffe auch gebaut würden, könne man heute noch nicht wissen. Jedes geheime Militärabkommen, wie das soeben enthaltene Abkommen der Wehrmacht, sei ein Verbrechen an der Menschheit, am Völkervertrauen. Es muß den internationalen Sozialisten gelingen, das noch bestehende Netz geheimer Militärkonventionen zu zerreißen.

Sofort nach Veröffentlichung der Panzerkreuzer-Denkschriften deutete die deutschnationale Presse an, sie könnte nur von den Sozialdemokraten vertreten worden sein. (Abg. Graf Westarp (Dnat.): Lesen Sie manchmal den „Klassenkampf“?) Die Vernehmungen haben ergeben, daß die Behörden wieder einmal auf eine falsche Spur gebracht worden sind durch deutschnationale Parteiagitator, (Hört! Hört! bei den Soz.) die in Magdeburg sogar falsche Abschlüsse fabriziert hat. Alle Lügen und allen Schwindel approprietierte Herr v. Vindeiner dem Oberreichsanwalt, obwohl wir gerade von Vindeiner bisher glaubten, seine politische Intelligenz reiche aus, den Kampf unabhängig zu führen. (Große Unruhe bei den Dnat.) Übrigens ist Vindeiner Mitglied, die angebliche Verräterin Frau Vallentin aber Geschäftsführerin des Komitees für internationale Verständigung. Aber unter der Herr Eugenberg entwickelten die Deutschnationalen die Verleumdung zum Handwerk (Zuruf bei den Dnat., Zuruf: Unverschämter Patron!) Mit Ihnen (nach rechts) rechnen wir nicht über Landesverrat. Sie haben ja sogar Ober Landesverrat vorgeworfen! Ohne die Mitarbeit der Sozialdemokratie würde die deutsche Republik überhaupt nicht bestehen. Das deutsche Volk wünscht, der Reichstag möge sich zurückziehen zu ernster sachlicher Arbeit (Beifall bei den Soz.).

### Abg. v. Lettow-Vorbeck (Dn.):

Au unserer Ohrengehe haben 3 polnische Armeekorps, wie haben dort nur ein Infanterie- und zwei Kavallerieregimenter. (Hört! Hört! rechts.) Eine Kriegsdienstleistung in der Denkschrift keinesfalls. Eine solche Denkschrift enthält aber wertvolles Material für den Gegner. Deshalb ist ihre Auslieferung Landesverrat. (Zuruf bei den Dn.) Da ist es Pflicht jedes vaterlandliebenden Mannes (Zuruf bei den Soz.: Zu verzeihen!), Verdächtigungen, die ihm zu Ohren kommen, an die zuständige Stelle weiterzuleiten. Es ist unerhört, wenn das Blatt des Vorredners das als Schurkenstück bezeichnet. Der Reichstagskanzler hat zu dem Panzerkreuzer zuerst Nein gesagt, jetzt sagt er Ja, denn er stellt sich hinter den Wehrminister. Wir fürchten nur, daß die Taten diesem Ja-Wort nicht entsprechen werden. Severing hat ja auch die Gründe der Denkschrift nicht anerkannt. Sie (zu den Soz.) wollen eben die Reichswehr unter parteipolitischen Einfluß bringen gegen den Staat. Die Broschüre Levis „Wehrmacht und Sozialdemokratie“ spricht offen aus, daß es für den deutschen Arbeiter kein Vaterland gebe, sie verlangt offen den Landesverrat. Sie (nach links) wollen die Disziplinargewalt gestärkt. In der Reichstagskanzler zur Bekämpfung dieser Widerstände bereit? (Lachen bei den Soz.) Die Reichswehr ist uns zu schade für Experimente in einem Augenblick, wo politische Rowdytum einen jungen Mann auf offener Straße niedertrifft. (Große Unruhe bei den Komm.); Präsident Löbe: Durch den Ausdruck „politisches Rowdytum“ kann sich doch hier niemand getroffen fühlen! (Heiterkeit.) Eine Gewährung des Wahlrechts für Trocki darf überhaupt nicht erörtert werden; wir wollen nicht in den Bolschewismus hineinschlittern. (Zuruf: Rufe links.) Wir brauchen eine zuverlässige Wehrmacht nach außen, aber mehr verleiht noch nach innen (Abg. Rufe links) auf den bewährten Grundlagen der Disziplin, der Treue und des Gehorsams. (Beifall bei den Dn.)

### Abg. Brüninghaus (Dn.):

In Polen spricht man offen von dem Kriege gegen Deutschland. Sollen wir uns da nicht bedroht fühlen? Es war geradezu die Pflicht des Wehrministers, zu prüfen, wie diese Gefahr abzuwenden ist. Stämpfer selbst erkennt an, daß die Frage, ob weitere Panzerkreuzer gebaut werden sollen, davon abhängig ist, ob die andern abrüsten; die andern rüsten aber nicht ab. Stämpfer muß also folgerichtig für den Bau weiterer Kreuzer einstehen. Wer empfiehlt, daß wir mit unserer Wehrmacht hinabgeben unter das, was uns das Friedensdiktat gelassen hat, veründigt sich an unserem Volke (Zuruf bei den Dn.). Wir dagegen wollen den Wehrwillen aufrechterhalten. (Beifall bei der Dn.)

### Reichstagsler Müller

verweist den Abg. v. Lettow-Vorbeck auf die Regierungserklärung vom Juli vorigen Jahres. Die Regierung, die von der Wehrmacht verlangt, daß sie eine treue, zuverlässige Stütze der Republik sei, wird ihrerseits dafür sorgen, daß die Wehrmacht im Rahmen der bestehenden Verträge und der finanziellen Kräfte mit allem Notwendigen ausgestattet wird. Irrend eine grundsätzliche Ablehnung des Wehrhaushaltes könne sich also mit der Auffassung der Regierung nicht vertragen.

### Abg. Ritter v. Epp (Nat.-Soz.)

verurteilt den Verrat der Denkschrift, wundert sich aber nicht darüber, weil die altwärtigen Eitten ausgegeben seien. Auf den Zuruf einer Abgeordneten erwidert er unter großer Heiterkeit: Das ist eine Angelegenheit von Männern, nicht von Frauen.

Inzwischen sind zwei Misstrauensanträge der Kommunisten gegen das Gesamtkabinett und gegen den Reichswehrminister eingegangen.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch, 3 Uhr.